

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«*Ja zur Schweiz*»

Die Rassismusedebatte, eine Analyse

2

Ist der Armeechef noch tragbar?

14

Bis heute keine Anklage

16

Madonna del Sasso, Locarno TI
Bild: Christoph Kunz, Matten BE



Eine schonungslose Analyse

Die weltweite Rassismusdebatte

von Isabel Villalon, Ingenieurin im Fach Maschinenbau mit Spezialgebiet Energie

Und nun steigen sie plötzlich massiv an, die Infiziertenzahlen des Coronavirus in der Schweiz. Es kam, wie es kommen musste: Die wilden Black Lives Matter-Demos in verschiedenen Schweizer Städten – mit bis zu zehntausend, keine Distanz- und Hygieneregeln eingehaltenden Teilnehmern – präsentieren nun die Rechnung. Das Virus vergibt keine Torheiten. Der zwanzig Milliarden-Lockdown der Schweizer Wirtschaft wird einfach verspielt und die Volksgesundheit grob aufs Spiel gesetzt.



Warum denn nur? Weil dies eine globalisierte linke Propagandamaschinerie so will. Jede sich ergebende Gelegenheit wird genutzt, um einer jungen, stark idealisierenden Klientenschaft einen Grund zu liefern, weltweit zu demonstrieren. Die Treiber dieser globalen Demonstrationswellen sind professionelle Aktivisten, welche in gut organisierten und finanzierten Strukturen aus dem Hintergrund operieren.

Gezieltes Marketing

Die Vorgehensweise entspricht derjenigen von Marketingexperten von global agierenden Konsumgüterkonzernen: Die Bedürfnisse eines spezifischen Kundensegments werden analysiert, ein für dieses Segment passendes Produkt wird gestaltet und anschliessend auf allen möglichen sozialen und herkömmlichen Medien beworben und lanciert. Die im Hintergrund wirkenden Organisationen können sich dabei auch auf ein fein gewobenes Netz von linken Medienschaaffenden stützen.

Es ist wohl für alle Schweizer glasklar, dass der Tod eines schwarzen nordamerikanischen Bürgers in einem Polizeieinsatz nichts, aber auch wirklich nichts mit der Situation von andersfarbigen Bürgern in der Schweiz zu tun hat. Und doch – in

Zürich, Basel, Bern, Genf gingen massenhaft junge Leute aus dem Multikulti-Umfeld auf die Strassen und foutierten sich einen Deut um die Distanz- und Hygieneregungen der Pandemie. Dies zeugt von der perfiden globalen Mobilisierungskraft der eingangs beschriebenen Aktivisten-Organisationen im Hintergrund.

Es geht um politische Macht

Der linken, global agierenden Propagandamaschinerie geht es dabei weniger um Inhalte – diese werden je nach Kampagne durch ein neues Thema besetzt (Klima, Gender, Flüchtlinge, Rassismus u.a.). Es geht insbesondere darum, die junge Klientel aktiv zu bewirtschaften, sprich, den Karren am Laufen zu halten. Warum?

Weil die globalisierte Linke ansonsten nichts zu bieten hat. Es dürfte jedem ernsthaften politischen Analysten klar sein, dass sozialistische Systeme in der Geschichte der Menschheit nichts ausser den Ruin erbrachten – und doch wird die Welt erstaunlich oft von Sozialisten regiert, von New York bis Zürich. Genau die hier in diesem Artikel beschriebenen Mechanismen sind die Basis, um sich auch zukünftig die politische Macht zu sichern.

Mohrenköpfe als rassistisches Machtinstrument

Und nun sitzen wir hier und dürfen keine Mohrenköpfe in der Migros mehr kaufen, da Mohrenköpfe als rassistisches Machtinstrument deklariert wurden. Ebenfalls dürfen wir täglich zusehen, wie uns die Medien die Sklavenhandels-Aktivitäten unserer Vorfahren



Schweizer Werte
in der Vermögensverwaltung
seit 1983

Ihr Ansprechpartner Markus Müller informiert Sie über alle Möglichkeiten und berät Sie gerne.

Tel: 041 725 35 45 Email: markus.mueller@mpmswiss.com

KOMPETENT, UNABHÄNGIG, ERFOLGREICH

MPM SWISS AG · Riedstrasse 11 · 6330 Cham · www.mpmswiss.com

**Murmeltiersalbe
von Exmonte**
– Preis-Leistungs-Sieger

exmonte@bluewin.ch
www.exmonte.ch
062 875 27 40

aufwärmen. Begebenheiten, die uns zu besseren Menschen machen sollten? Mitnichten.

Echter Rassismus wird verschwiegen

Keine Schweizer Zeitung, kein staatlich dirigierter, mit unserem Steuergeld alimentierter TV-Sender hat uns über den echten, mörderischen Rassismus aufgeklärt, der sich täglich in Südafrika abspielt – über das regelrechte Abschlachten von weissen Farmern (Nachkommen der holländischen Buren). Das passt eben nicht ins Konzept des global operierenden linken Propagandakartells.

Echter Rassismus erfolgt auch in sämtlichen arabischen Ländern, in welchen Afrikaner und Asiaten wie drittklassiges Arbeitsvieh gehalten werden. Doch dies soll ebenfalls kein Thema sein: Denn Rassisten sind per Definition des linken Propagandakartells nur «alte, weisse Männer», also keine arabischen Scheichs oder schwarzer, südafrikanischer Mob.

Mobilisierungskartell mit schlechten Karten

Wenn wir nun den Rassismusbegriff um den verwandten Begriff Klassismus erweitern, so hat das globale linke Mobilisierungskartell noch weniger gute Karten. Das kommunistische China unterhält ein Heer von rechtlosen, total ausgenutzten Wanderarbeitern, ebenso das sozialistisch regierte Indien. Auch dies

LACHEN VERBOTEN!



Die schon in die Jahre gekommene Bäuerin ist besorgt. Bei ihrem Sohn Fritzli, der den Hof übernommen hat und dringend eine Frau braucht, will das «Wyben» einfach nicht klappen. Als im Dorf wieder einmal ein Tanzabend stattfindet, geht Fritzli auf ihr Drängen hin. Am andern Morgen sieht die Bäuerin ein Damenvelo im Flur, und ihre Hoffnung steigt, dass ihr Sohn «fündig» geworden ist. Als Fritzli endlich zum Morgenessen erscheint, kann sie ihren Gwunder nicht zurückhalten und meint: «Wie ist es gestern gelaufen?»

Fritzli erzählt, er habe das Marili getroffen und mit ihr den Abend verbracht. Schliesslich habe er sie auf ihre Bitte nach Hause begleitet, das Velo habe sie nebenher gestossen. Unterwegs habe sich das Marili plötzlich ins Gras gesetzt und gesagt, nun könne er von ihr alles haben, was er wolle. Da habe er dann eben das Velo genommen.

soll jedoch nicht Gegenstand der aktuellen Rassismusdebatte werden, denn die Themenschwerpunkte

Fortsetzung auf Seite 4

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl



werden so gesetzt, dass die eigenen massiven Verfehlungen der Linken in diesem Bereich ja nicht öffentlich breitgewalzt werden.

Linkspropagandistisch gefütterte Jugendliche

Somit wachsen unsere Jugendlichen auf – herdengetrieben und verdummt, gefüttert von einer linken Propagandamaschinerie, welche sehr gekonnt eine ewig brutzelnde Brühe am Kochen hält, die ihr zukünftige Wählerstimmen sichert und die Dominanz der weltweiten ideologischen Themenschwerpunkte ermöglicht, ausgewählt nach strengen propagandistischen Kriterien des linken Medien- und Aktivistenkartells.

Grobfahrlässig und gemeingefährlich

Um auf das Coronavirus zurückzukommen: Es ist eine grobfahrlässige, ja sogar gemeingefährliche Haltung, selbst in Pandemiezeiten den in diesem Artikel analysierten Propagandamechanismus nicht zu stoppen. Die weltweiten Frauenmärsche am 8. März 2020, welche haargenau in dieses Schema passen, haben allein in Spanien 48'000 Tote gekostet (27'000 offiziell zugegeben, den Rest weggeleugnet und vertuscht).

Die linke Regierung wollte der eigenen Klientel eine solche Propaganda-Aktion nicht verbieten, es nahmen mehr als 120'000 vorwiegend links-progressive

Churz & Bündig

Es ist ziemlich still geworden um den Uno-Migrationspakt. Ob das darauf zurückzuführen ist, dass von den 193 Uno-Mitgliedstaaten, die diesen Pakt unterzeichnet haben, nur gerade sieben auch ihren Mitgliederbeitrag an den Pakt entrichtet haben?

*

Rot-Grün wittert eine neue Einnahmequelle auf Kosten der Konsumenten: «Klimasteuer für Fleisch» heisst ihr neuer Slogan. Merke: Wer aus angeblicher Umwelt-Belastung Geld auf von ihm begünstigte Organisationen umverteilt, strebt keineswegs Umwelt-Entlastung an. Es geht ihm ausschliesslich um mehr politische Macht für sich selbst.

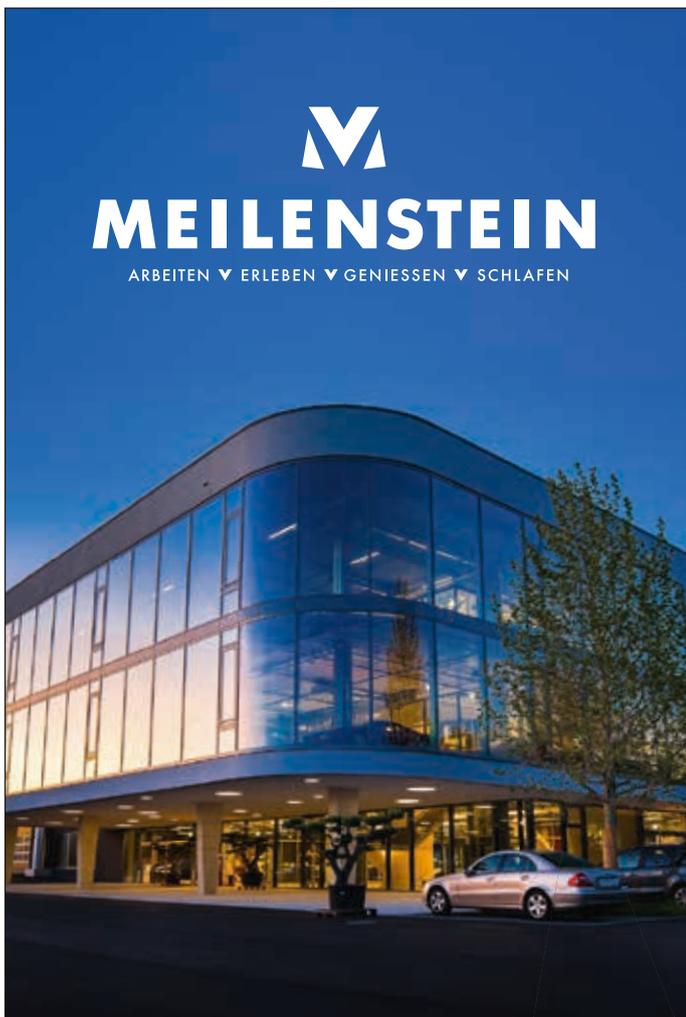
Je mehr Gebühren fliessen, desto mehr Macht fällt den Grünen zu – Umwelt hin oder her.

www.schweizerzeit.ch

*

Warum ist es eigentlich nicht verboten, Berliner und Hamburger zu essen? Das klingt doch auch sehr kannibalistisch?

Christine Dietrich, Internet



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billiard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch

Frauen in der Stadt Madrid daran teil. Daraufhin entwickelte sich Spaniens Hauptstadt zum grössten Virus-herd in ganz Europa. Drei Eiskunstlaufhallen mussten zu provisorischen Aufbahnhallen umfunktio-niert werden. Die dort eingesetzten Soldaten der spanischen Armee mussten alle nachträglich psycholo-gisch betreut werden.

Ideologie vor Menschenleben

Der Sozialismus hat eben seit seiner Entstehung Pro-paganda und ideologischen Aktivismus vor Menschen-leben gestellt. Diese Maxime gilt heute noch, auch in Zeiten von Pandemie. Die sozialistische Polizeivorste-herin der Stadt Zürich ist mit ihrer skandalösen Hand-habung der Black Lives Matter-Rassismus-Demo leider keine Ausnahme.

Isabel Villalon

Wir suchen freiwillige Helferinnen und Helfer

Vor uns steht – mit der Abstimmung über die Begrenzungs-Initiative, mit dem gleichzeitigen Aufbau der «Aktion SOS-KMU» – ein äusserst arbeitsreiches drittes Quartal 2020.

Sind Sie bereit, dem «Schweizerzeit»-Team für aufwändige Zusatzarbeiten wie umfangreiche Versände in freiwilliger Arbeit unter die Arme zu greifen – zum Beispiel im August und September mindestens zwei Tage pro Woche?

Herzlichen Dank zum Voraus!

Ulrich Schlüer, Verlagsleiter

Tel. 052 301 31 00

Bündnispartnerin



Sind Sie, aufmerksam für das politi-sche Geschehen, gelegentlich inter-essiert, sich über linke Ideologie und linke Schlaueit in der Umsetzung linker Ideologie in den politischen Alltag zu orientieren, dann müssen Sie sich von Zeit zu Zeit die Kolum-nen von Philipp Loser im Magazin zum Tages-Anzeiger (und weiteren Blättern) zumuten.

Vor einer Woche (27. Juni) wurde man besonders fündig. Loser beschreibt, wie die Linke derzeit für ele-mentare linke Anliegen Mehrheiten und Abstimmun-gen gewinnt. Er porträtiert dazu die aus Sicht linker Ideologen wert- und wirkungsvollste Verbündete. Er beschreibt, wie sich die Porträtierte linken Einflüster-ungen öffnete – von Paul Rechsteiner als altem und Pierre-Yves Maillard als neuem Gewerk-schaftsboss. Sie habe sich deren Strate-gien soweit angeeignet, dass ihr – sogar «in der strukturkonservativen Schweiz» – in Kurzzeit die Schaffung eines neuen, der Linken zudienenden Sozialwerks gelun-gen sei. Dem Volk werde es als «Über-gangsrente» verkauft. In Wahrheit ist sie (das schreibt Loser zwar nicht ausdrück-lich) eine Entlassungsrente. Die Annähe-rung an die EU im Visier, habe die über-aus schlaue Dame auch die blindwütig gegen die Begrenzungs-Initiative der SVP wetternden Arbeitgeber-Verbandsheinis in die Gefolgschaft für das linke Anliegen einzureihen verstanden. Ein derart durchtriebenes Manöver wäre einem Johann Schneider-Ammann nie und nimmer gelungen.

Spalte
rechts

Nicht nur zwecks Ausweidung der Bundeskasse – in Wahrheit Ausplünderung der Steuerzahler – sei sie als Verbündete wertvoll. Nein, sie Sorge mit dem neuen Sozialwerk dafür, dass die ganz auf EU und Internati-onalismus konzentrierten Links-Ideologen vor der aus der Annäherung an Brüssel Lohneinbussen befürch-tenden Arbeitnehmerschaft das Gesicht nicht verlieren. Dass diese Bündnispartnerin auf diese Weise den Weg nach Brüssel «frei von Ideologie und Einfluss der eigen-ten Partei» beschreite, sei bemerkenswert; die Freisin-nigen auf EU-Kurs scheinen nach Loser nicht einmal zu durchschauen, wie sie einem linken Kernanliegen zum Durchbruch verhelfen. Der «freisinnige Fehlgriff» in der Bundesratswahl erweise sich für die Linke heute als «freisinniger Glücksgriff».

Von wem da die Rede ist – das haben Sie längst erraten: Porträtiert hat Loser Bundesrätin Karin Keller-Sutter.

Ulrich Schlüer



Ihr Inserat

in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf. Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Sicherheitspersonal verzehnfacht

Explosion der Unsicherheit

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

In den 80er Jahren genügten auf Bundesebene zur Aufrechterhaltung unserer Sicherheit im zivilen Bereich um die 200 Stellen. Heute sind es rund zehnmals so viele.



Ein Kenner schreibt mir: «1979 waren bei der Bundesanwaltschaft (BA) gerade mal rund zwölf Leute tätig. Die ihr unterstellte Bundespolizei (damals sowohl als Bundeskriminalpolizei als auch als Inland-Nachrichtendienst tätig) zählte um die 80 Leute. Das der BA angegliederte Zentralpolizeibüro bzw. damalige Bundesamt für Polizei mit rein administrativen Polizeiaufgaben zählte zwei bis drei Dutzend Leute, wobei Teile von ihren Aufgaben danach ins Bundesamt für Justiz übertragen wurden. Der beim EMD angegliederte Auslandnachrichtendienst, der einstige «Strategische Nachrichtendienst» (SND) etwa um die 60-70. Zusammengefasst waren das insgesamt die erwähnten 200 Leute».

Personalexpllosion

Heute hat die Bundesanwaltschaft mehr Kompetenzen als früher. Aber auch deutlich mehr Personal: Die ehemals zwölf Mitarbeiter haben sich per Ende 2019 auf 242 vervielfacht, obwohl nach wie vor die kantonalen Staatsanwaltschaften die Hauptarbeit leisten. Auch polizeilich sind in erster Linie die Kantone für die öffentliche Sicherheit zuständig. Betrifft diese aber mehrere Kantone oder weist sie Bezüge zum Ausland auf, so tritt «Fedpol» als Polizei des Bundes auf den Plan. Sie tritt nicht uniformiert auf, übernimmt aber für gewisse Fälle die Ermittlungshoheit, ähnlich wie in Deutschland das Bundeskriminalamt. Auch die Bupo von einst rund 80 Leuten ist hinsichtlich ihrer rein polizeilichen Funktionen – ihre nachrichtendienstlichen Funktionen wurden in den heutigen NDB übertragen – im heutigen Fedpol richtiggehend explodiert. Heute kümmern sich dort 972 Mitarbeiter vorweg um organisierte Kriminalität und Geldwäsche, inkl. der FIFA-Skandale...!

Zurückhaltende Geheimdienste

Geradezu minimal erscheint dagegen das Wachstum der Schweizer «Geheimdienste» mit nur 334 Stellen. Mit nachrichtendienstlichen Aufgaben betraut sind heute der Nachrichtendienst des Bundes NDB (hervorgegangen aus der ehemaligen Bupo und dem ehemaligen SND mit damals zusammen rund 150-160 Leuten) und dem in die Armee eingegliederten Militärischen Nachrichtendienst (MND). Der NDB ist keine Strafverfolgungsbehörde. Entsprechend verfügt er über keine uniformierte Polizeitruppe. Der Militärische

Nachrichtendienst wiederum entstand aus dem ehemaligen Armeenachrichtendienst. In den Kantonen existieren ausserdem nach wie vor Staatsschutzabteilungen, die nachrichtendienstliche Aufgaben übernehmen. Hier kommen immerhin schweizweit 120 Stellen dazu, welche vom Bund finanziert werden.

National Security Agency (NSA) im Westentaschenformat?

Die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (ÜPF) gilt als ein weiterer «Sicherheitsdienst» des Bundes. Er will insbesondere in der Lage sein zu überwachen, welche Webseiten von wem besucht werden und welche Dateien aus dem Internet auf schweizerische PCs transferiert werden. 57 Mitarbeiter sind in dieser Mini-NSA tätig. Mit dem grössten amerikanischen Geheimdienst National Security Agency kann man das allerdings nicht vergleichen, denn «Dienst ÜPF» kann nicht selber ermitteln, sondern setzt einfach jene Massnahmen technisch um, die von den zuständigen Behörden nach richterlicher Prüfung angeordnet wurden.

Unsicherheitsexpllosion

Die Anzahl der nationalen Sicherheits-Mitarbeiter hat sich also seit den 80er Jahren – bei halbwegs gleichem Auftrag – von rund 200 auf deutlich über 1'700 Stellen fast verzehnfacht. «Ob dadurch seither die Sicherheit der Schweiz besser gewährleistet werde als früher, das bezweifle ich stark», schreibt mir der Insider.

Ich kann das nicht beurteilen. Ich glaube aber, dass das Unsicherheitsgefühl in der Schweiz heute grösser ist als vor einigen Jahrzehnten. Dies obwohl auf Bundesebene zehnmals mehr Leute für unsere Sicherheit sorgen.

Hermann Lei



ALLES WAS
RECHT IST!

ADVOKATURBÜRO
LEI & NOBS

FRAUENFELD-ANWALT.CH

Mehr Schweiz – jetzt erst recht!

ES WIRD eng



2x JA

27. September 2020



Ja zur Begrenzungsinitiative – zuerst für uns selber schauen.

Auf www.randvoll.ch holen Sie sich News zur Begrenzungsinitiative!

Ja zum neuen Kampfflugzeug – für den Krisenfall gerüstet sein.

Auf www.schweiz-jetzt.ch können Sie Ihren Standpunkt publizieren – diskutieren Sie mit.

Vorname _____

Name _____

Strasse _____

PLZ _____

Ort _____

E-Mail _____

AUNS
ASIN
ASNI



Danke für Ihre
Unterstützung!



JA
ZUR
BEGRENZUNGS-
INITIATIVE

Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz

Seit 1986 kämpfen wir leidenschaftlich und kompromisslos für die Schweiz.

Ich möchte unverbindliche Infos.

Gute Sache. Ich trete gleich bei:

Mitglied (Jahresbeitrag 45 Fr.), Gönner (100 Fr.)

Sympathisant (freier Beitrag)

Ich bestelle kostenlos:

Expl. Broschüre «Wie viele Menschen wollen wir in unserem Land? – ein Weckruf» von Ständerat Thomas Minder

Expl. Prospekt «Ja zur Begrenzungsinitiative»

Unsere Adresse:

**AUNS, Postfach, 3822 Lauterbrunnen
Tel. 031 356 27 27, aktion@auns.ch**

Dringende Spenden: AUNS

PC-Konto: 30-10011-5

IBAN CH91 0900 0000 3001 0011 5

Leserbriefe

Die grosse Angst vor Shitstorms

Seit einiger Zeit grassiert eine moderne Form von mittelalterlicher Inquisition. Dank «sozialen» Medien können moralisch Entrüstete innert weniger Stunden einen vernichtenden Shitstorm gegen Menschen, Organisationen, Firmen oder Konzerne auslösen. Beispiele sind belanglose Tweets von Mirjam Jäger, Mohrenköpfe von Dubler, Schokolade von Läderach etc. Es spielt dabei keine Rolle, wie gross die angebliche «Verfehlungen» sind. Es genügt, wenn sie nicht konform sind mit den Meinungen der selbsternannten moralisch erhabenen Personen, Organisationen oder Gruppierungen. Diese entscheiden selbstherrlich*selbstfräulich, wo die Toleranz aufhört und der «Rassismus» beginnt. Wer nicht spurt wird gnadenlos angeprangert, verfolgt und existentiell bedroht, wenn nicht gar vernichtet. Und die Medien bauen das Ganze unkritisch auf. Auch grosse Firmen wie Post, Migros u.a. kuschen vor diesem Meinungsterror.

Ruth Meisser, Trogen

Ist Herr Dubler undankbar?

Dublers Mohrenköpfe gerieten ins Visier von linken Polit-Aktivist*innen. Die Bezeichnung «Mohrenkopf» sei diskriminierend und müsse geändert werden. Als Folge der Kampagne wurden aber die Mohrenköpfe schweizweit bekannt, und die Nachfrage stieg erheblich. Von Herr Dubler wäre in Anbetracht der tollen Gratisreklame und der Umsatzsteigerung ein Dankeschön und mindestens ein Geschenkkarton Mohrenköpfe pro Aktivist am Platz.

Otto Weiersmüller, Uetikon a. S.



Ein Eigentor

Besteht ein Zusammenhang zwischen der Überbrückungsrente für Arbeitnehmer ab 60 Jahren und dem freien Personenverkehr? Zuwanderung darf es nur bei entsprechendem Angebot an

Arbeitsplätzen geben. Sonst werden ältere Schweizer Arbeitnehmer durch billige jüngere Arbeitskräfte aus dem Ausland verdrängt, weil die Manager so die Lohnkosten senken wollen. Mit der vermeintlich sozialen «Überbrückungsrente» wird dieser Kündigungs-Praxis zusätzlich Vorschub geleistet. Die Manager können die älteren Buezer bequem in die «staatliche Überbrückung» schicken und sind von jeder Verantwortung entlastet. Das kann nicht im Interesse der Schweiz sein. Die gegenwärtige unkontrollierte Zuwanderung führt unweigerlich zur 10 Millionen-Schweiz mit den bereits sichtbaren Nachteilen und Belastungen. Die Aushöhlung unserer Sozialwerke durch Zuwanderer ist bereits erkennbar. Dass eine Überbrückungsrente geschaffen wurde, beweist, dass der Bundesrat das Problem zwar erkannt hat. Zur Lösung braucht es jedoch die Begrenzungs-Initiative. Dass sie mit der verfehlten Überbrückungsrente ausgehebelt werden soll, ist ein Skandal.

Peter Schnyder, Ennenda

Krisenmanagements der Schweiz betreffend «Corona»

Aufgrund meiner Erfahrungen besteht die Gefahr, dass das gegenwärtige Krisenmanagement sehr bald ineffizient werden dürfte. Die Geschichte zeigt: Alle Epidemien verliefen in mehreren Wellen, so die Pest (im Römischen Reich, im Hochmittelalter, im ausgehenden Spätmittelalter), die Pocken und auch die Grippe von 1918/19. Auch Corona dürfte zu einer zweiten oder gar dritten Welle führen. Zur Vermeidung der nächsten Wellen sind folgende Massnahmen dringend notwendig: Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr, in grossen Räumen, in Bars, Discos; Demonstrationen müssen der Maskenpflicht unterliegen, sonst werden sie verboten; behutsames Vorgehen bei der Öffnung der Grenzen, vor allem gegenüber Italien; keine Reisen in die USA, in die Türkei, in den Iran, nach Indien, Südafrika und Südamerika; Sicherung von genügend Impfstoff. Sollten Bundesrat und Parlament wie bis anhin eine harte Politik vermeiden wollen, dann könnte die Schweiz sehr bald zu einem Hotspot Europas werden.

Albert A. Stahel, Hausen a. A.

Ich bin schockiert ...

... wie viele Leute mit dem «Rassismus-Virus» fern der USA infiziert wurden und über die Art und Weise, wie sie heute über alle Nichtinfizierten herfallen. Nun muss in London die Statue von Winston Churchill vor dem Mob geschützt werden, obwohl er ja ihr Land vor den Nazis gerettet hat. Bald wird diese Welle auch auf die Schweiz überschwappen, wie es auch die Minirock-Mode und die Musik der Beatles in nur wenigen Wochen vollbracht haben. Bei uns wird sicher die Statue unseres Generals Guisan in den Fokus geraten, denn linke Historiker haben ja bereits «vorgepfadet», dass der General nur deshalb ins Réduit ging, weil er die Hosen voll hatte. Eine Juso-Expertin wird ihn zudem nachträglich in der Kategorie der 99 Prozent Bürger für Nachsteuern auflisten, weil er seinen Lebensabend im Haus der Schwiegereltern verbracht habe.

Josef Brunner, Oberwil BL

Europäische Untergangsplanung

Die GEUP (m.E. Gemeinsame Europäische Untergangsplanung) kommt. Von der Leyen ist von der Leine! Die assoziierte Schweiz wird dank GEUP schneller zehn Millionen Einwohner haben als angedacht. Liebe Schweizer, reisst euch im Herbst «von der Leine». Begrenzungs-Initiative JA.

Vinzenz Bieri, Chur

Irreversible Schäden

Es ist durchaus und mit Recht anzunehmen, dass der Unsinn und die geradezu schwachsinnigen Ideen verschiedenster fehlgeleiteter rot-grüner, sozialistischer, kommunistischer und marxistischer Institutionen und ihrer Repräsentanten, sowie die Lügentaten «bürgerlicher» Wendehälse, irgendwann ein Ende haben werden. Wieviel aber bis dahin in unserer Gesellschaft und auf der Welt durch den unseligen derzeitigen Mainstream unwiederbringlich kaputt gehen wird: Dies ist die bedrückende Frage!

Ernst A. Rubli, Ramsen

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Inflation

Legt man die Häuserpreise im Euroraum zugrunde, betrug der Kaufkraftverlust des Euro 50%.

Legt man die Preise der US-Aktien zugrunde, beläuft sich der Euro-Kaufkraftverlust auf 62%.

Und gegenüber dem Gold hat der Euro 81% seiner Kaufkraft verloren.

Euro zu halten, war und ist also ein Verlustgeschäft. Der Euro ist nicht stabil, er wird chronisch inflationiert!

(Thorsten Polleit, Degussa Marktreport, 18. Juni 2020)

EU-Umverteilung

Nach dem Macron-Merkel-Plan würden ausserdem vor allem die relativ armen mittelosteuropäischen Länder überdurchschnittlich viel einzahlen. Polen beispielsweise müsste 10,4 Milliarden Euro mehr geben, als es aus dem EU-Sonderfonds zurückbekäme. Es würde zum Nettozahlerland – für die viel reicheren Italiener und Spanier. Schon deshalb dürfte der neue Schulden- und Umverteilungsmechanismus nicht, wie viele Politiker predigen, «Europa stärken» – sondern eher das Gefühl etlicher EU-Länder, ungerecht behandelt zu werden.

(Alexander Wendt, Tichys Einblick 07/20)

Todesdrohung

In einer Mail, deren Verfasser dem Umfeld dort tonangebender arabischer Grossfamilien aus dem Duisburger Problemviertel Marxloh zugerechnet werden (das als eine der berüchtigtsten No-Go-Areas Deutschlands gilt) und die unter anderem an die Duisburger Polizei gerichtet war, heisst es: «Betreff: Allahu Akbar / Duisburg-Marxloh ist unser Stadtteil... (...) Wir verbieten allen Ungläubigen, unseren Stadtteil zu betreten. Alle Polizisten, Journalisten und auch andere Ungläubige werden wir mit Waffengewalt vertreiben oder töten. Bei uns gilt nur die radikale Scharia. (...) Wir haben uns 2'000 Stück AK-47-Sturmgewehre mit genügend Munition aus der Türkei und Russland beschafft. Allah Akbar, töten alle Ungläubigen!»

Wie die «Rheinische Post», die aus der Mail zitiert, schreibt, nehmen Polizei und Staatsanwaltschaft die Drohungen ernst. Dass derartige selbstbewusste Forderungen, die der deutschen Rechtsordnung kategorisch den Kampf ansagen, gerade jetzt in dieser Offenheit erhoben werden, ist auch eine Folge der Selbstkastration der deutschen Sicherheitsbehörden.

(Kopp, 14. Juni 2020)

Masseneinwanderung

Die neusten Szenarien des Bundesamtes für Statistik (BFS) gehen weiterhin von einem rasanten Bevölkerungswachstum aus. Grund ist die anhaltend hohe Zuwanderung aus der EU. Bereits in rund 10 Jahren könnte die Schweizer Bevölkerung die 10-Millionen-Marke überschreiten. Gewisse Kantone werden dabei um fast ein Drittel wachsen. Nur die eigenständige Steuerung der Zuwanderung kann das Bevölkerungswachstum auf ein gesundes Niveau senken.

Hält die Schweiz an der unbegrenzten Personenfreizügigkeit mit der EU fest, wird die Bevölkerung bis 2050 weiter massiv zunehmen. Gemäss BFS werden Migranten für über drei Viertel des Wachstums verantwortlich sein. Jede dritte Person auf dem Arbeitsmarkt wird bald aus dem Ausland stammen. Viele Schweizerinnen und Schweizer, insbesondere die über 55-Jährigen, geraten zunehmend unter Druck. Alleine aus der EU wanderten trotz geschlossener Grenzen in den ersten vier Monaten von 2020 netto mehr als 14'000 Ausländer in die Schweiz ein. Dies übertrifft bereits das hohe Szenario des BFS.

(SVP, 28. Mai 2020)

Neues Kampfflugzeug

Ohne ein Ja zum Planungsbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge verlieren wir unsere Luftwaffe und damit irreversibel unsere Fähigkeit zum Schutz und Verteidigung unserer Bevölkerung gegen alle Bedrohungen aus der Luft. Ein zeitgerechter späterer Wiederaufbau ist im Lichte seiner Komplexität und der dafür notwendigen Investition reines Wunschdenken. Eine Ablehnung der Vorlage schränkt zusätzlich den Einsatz unserer Bodentruppen massiv ein, verunmöglicht ihn in Teilbereichen sogar vollständig und wird letztendlich – wie von SP, Grüne Schweiz und der GSoA aus ideologischen Gründen angestrebt – einen Totalverlust unserer Landesverteidigung zur Folge haben.

(Konrad Alder, Militärpolit. Nachrichten, 17. Juni 2020)

SCHUMACHER IMMOBILIEN⁺
mehrwert machen



„Wir bieten Dienstleistungen rund um Grundstücke, Immobilien und deren Planung an.“

Hugo Schumacher

4542 Luterbach

032 682 03 88

www.schumacher-immobilien.ch

Der neuste Post-Skandal

hf. Im Zusammenhang mit der aktuellen absurden «Rassismus»-Diskussion um Dubler-Mohrenköpfe, über die angeblichen Mitschuld der Schweiz am Sklavenhandel – bis zu den Demonstrationen, die toleriert wurden, obwohl jegliche Corona-Bestimmungen krass verletzt wurden – hat nun DIE POST aus völlig unhaltbaren Gründen die bekannte Influencerin Mimi Jäger ausbootet. Sie soll sich angeblich rassistisch geäussert haben.

Was war geschehen? Mimi Jäger hat nach der kürzlichen unbewilligten «Demonstration gegen Rassismus» in Zürich, die gewaltige Verkehrsstaus verursacht hat, den folgenden Tweet abgesetzt: «Danke, ihr lieben Demonstranten. Ähm, unsere Pläne in der Stadt habt ihr ziemlich durcheinandergebracht. Jetzt habt ihr dann lange genug demonstriert.»

Frage der «Schweizerzeit»: Was ist hier rassistisch? Bei «Talk Täglich» von TeleZüri erklärte Frau Jäger zudem, der Tweet sei spontan erfolgt, frustbedingt, weil sie 45 Minuten im Auto im Stau blockiert gewesen sei. Wegen Corona habe sie, da im siebten Monat schwanger, nicht den ÖV benutzt.

In der Folge prasselte ein gewaltiger «Shitstorm» von gehässigen digitalen Kommentaren auf Frau Jäger

nieder. Und das dicke Ende: Die zuständige Vorgesetzte hat ihr mit dem untenstehenden E-Mail den «Verzicht auf eine weitere Zusammenarbeit» mitgeteilt. Dies ohne jegliche vorherige Kontaktnahme, allein auf Mediendruck und mit lächerlich-absurder «Begründung».

Was hier letztlich unter der Ägide der obersten Post-Chefin, Bundespräsidentin Sommaruga (DIE POST ist bekanntlich ein Bundesbetrieb!) abläuft, ist ein wahrer Skandal, der insbesondere im Parlament harte Interventionen und Konsequenzen zur Folge haben muss. Das unerträgliche, mediengeschürte Geschwafel über angeblichen «Rassismus in der Schweiz» und die gewalttätigen Saubannerzüge welche pathologische Formen angenommen haben, müssen endlich gestoppt werden.

From: [REDACTED]
Date: 15 June 2020 at 13:49:58 CEST
To: [REDACTED]
Subject: Zusammenarbeit

Liebe Mirjam

Mit Bestürzung haben wir am Wochenende deine Stories und die darauffolgende mediale Berichterstattung verfolgt.

Mit unseren 60'000 Mitarbeitenden aus über 140 Ländern sind wir ein Abbild unserer Kundinnen und Kunden. Wir fördern grösstmögliche Vielfalt und sind überzeugt, dass sie einer der Erfolgsfaktoren unserer Unternehmung ist. Wir setzen uns für Gleichberechtigung ein und tolerieren keinerlei Diskriminierung - und zwar sowohl in Bezug auf sichtbare wie auch unsichtbare Dimensionen. Diversität und Inklusion ist Teil unserer DNA und darauf sind wir stolz.

Wir finden es enorm wichtig, sich für Gleichberechtigung, Diversität und Inklusion einzusetzen – sei es durch Bekundungen auf Social Media, in Gesprächen mit Bekannten und Unbekannten oder durch Kundgebungen und Demonstrationen. Alles davon trägt einen essentiellen Teil dazu bei, Diskriminierung einzudämmen. Daran halten wir fest. Und diese Haltung – Corona hin oder her - erwarten auch von unseren Kooperationspartnern.

Wichtig: Wir sind genauso für einen respektvollen, offenen und konstruktiven Dialog, wenn Meinungen auseinandergehen. Drohungen und Beleidigungen jeglicher Art gegen dich und deine Familie verurteilen wir deshalb aufs Schärfste.

Wir wünschen dir weiterhin alle Gute und hoffen auf dein Verständnis, dass wir unter diesen Umständen auf eine weitere Zusammenarbeit verzichten wollen.

Liebe Grüsse

Sarah Belgacem
 Head of Community Management

Swiss Post
 Communication
 Wankdorffallee 4
 CH-3030 Bern



Verwirrendes um Politik und Rechtsprechung



Um der Wahrheit die Ehre zu geben: Von Politik verstehe ich wenig. Es will mir oft nicht gelingen, den kausalen Gedankengängen der Damen und Herren Politiker zu folgen. Authentisches Beispiel: Der Nigerianer Frank W. soll nach Bundesgerichtsbeschluss ausgeschafft werden. Er war mit falschen Papieren eingereist, betrieb Drogenhandel, beging Straftaten in hoher Frequenz, stand mehrfach wegen Körperverletzung vor Gericht und bezog unrechtmässig Sozialhilfe.

Die Richter des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Strassburg (EGMR), an die der Schwerstkriminelle sich mit Finanzhilfe wohl gesonnener (Schweizer) Gönner wandte, kamen zum Schluss: Die Schweiz darf den Nigerianer gemäss Art. 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) nicht ausweisen: «Die Schweiz darf nur ausschaffen, soweit dies zur Wahrung der Sicherheit und zur Verhütung von Straftaten notwendig ist.»

Die Deliktserie des Nigerianers belegt, dass eine Ausschaffung nicht nur angebracht, sondern unabdingbar notwendig ist, doch kommt sie auf «Befehl aus Strassburg» nicht zustande. Bundesbern fügte sich.

Oder Sexualstraftäter Hassan Kiko, 31 (echter Name – die Red.): Der Syrer wurde 2016 wegen dreier Sexualstraftaten zu siebeneinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Nun wird ihm ein Drittel der Reststrafe erlassen. Wie soll dem Gesetz Nachachtung verschafft werden, wenn der Staat selbst es ignoriert?

Anderer Sachverhalt: In Schweizer Innenstädten führt die linksgerichtete «Antifa» unterm Deckmantel friedlicher Demonstration wahre Saubannerzüge mit Sachbeschädigungen durch. Bundesbern erklärt, keine gesetzliche Handhabe zu haben.

Ebenso unverständlich: Das Schweizer Parlament hat unter Aushebelung geltender Gesetzesgrundlagen beschlossen, jenen Geschäften, die wegen des Corona-Shutdowns geschlossen waren, rückwirkend 60 Prozent Mietzinsreduktion zu gewähren. National- und Ständerat trafen diesen für viele Vermieter und Besitzer von Geschäftsräumlichkeiten katastrophalen Entscheid. Die treibende Kraft in Bundesbern war hierbei die Linke, die sich mit solcher Polit-Agitation nonchalant über Schweizer Mietrecht hinwegsetzt. Item: Helvetische Tagespolitik erscheint mir mitunter als Krippenspiel, bei dem kein Heiliger mitwirkt, aber viele Andächtige zusehen.

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

NEW SUZUKI VITARA 4x4 AUTOMAT

BEREITS FÜR **Fr. 30 490.-***
ODER AB **Fr. 230.-/MONAT**

JETZT VON
Fr. 2 500.-
PRÄMIE PROFITIEREN!*

Energieeffizienz-Kategorie 2020

A
B
C
D
E
F
G

SUZUKI FAHREN, TREIBSTOFF SPAREN: New Suzuki Vitara Compact+ 4x4 Automat, 5-türig, Fr. 30 490.-*, Treibstoff-Normverbrauch: 7.6l/100km, Energieeffizienz-Kategorie: D, CO₂-Emissionen: 172g/km; **Hauptbild:** New Suzuki Vitara Compact Top 4x4 Automat, 5-türig, Fr. 34 490.-*, Treibstoff-Normverbrauch: 7.6l/100km, Energieeffizienz-Kategorie: D, CO₂-Emissionen: 172g/km. *Preise inkl. Prämie. Gültig bis 31. Juli 2020 auf alle Suzuki Vitara Modelle mit Automatikgetriebe. Immatriculation bis 31. Juli 2020.



emilfrey.ch

Die kompakte Nr. 1



www.suzuki.ch



Leasing-Konditionen: 24 Monate Laufzeit, 10 000 km pro Jahr, effektiver Jahreszins 0.9 %. Vollkaskoversicherung obligatorisch, Sonderzahlung: 30 % vom Nettverkaufspreis. Der Leasing-Zinssatz ist an die Laufzeit gebunden. Ihr offizieller Suzuki Fachhändler unterbreitet Ihnen gerne ein individuell auf Sie zugeschnittenes Leasing-Angebot für den Suzuki Ihrer Wahl. Leasing-Partner ist die MultiLease AG. **Sämtliche Preisangaben verstehen sich als unverbindliche Preisempfehlung inkl. MwSt.**

All Lives Matter!



Am 25. Mai 2020 kam der US-Amerikaner George Floyd aufgrund einer gewaltvollen Festnahme durch die Polizei ums Leben. Seither demonstrieren regelmässig Tausende gegen Rassismus und Polizeigewalt. «Black Lives Matter» (deutsch: Schwarze Leben zählen) heisst die Parole der Demonstranten und die gleichnamige Bewegung. Kundgebungen erfolgen mittlerweile auch in der Schweiz und anderen europäischen Ländern.

Ungerechtfertigte Polizeigewalt gehört selbstverständlich verurteilt. In den USA wurden die betreffenden Polizisten bereits entlassen und müssen sich vor der Justiz verantworten. Was im ganzen Lärm der Protestler aber untergeht: Anlässlich der Kundgebungen kam es in mehreren Städten der USA zu Plünderungen, Übergriffen und Toten.

Viel wird gefordert an den Kundgebungen, die Demonstranten selbst aber lassen den nötigen Respekt oft vermessen – auch in der Schweiz: Grossdemonstrationen von über 1'000, bis vor kurzem von über 300 Personen, sind nach wie vor verboten. Es darf die Frage gestellt werden, ob die aktuell wieder zunehmenden Corona-Fallzahlen mit den Kundgebungen zu tun haben. Etliche der Demonstrationen erfolgten zudem unbewilligt.

Unzensuriert

Die hiesigen Kundgebungen gegen Polizeigewalt haben mittlerweile surreale Dimensionen erreicht. Tausende demonstrieren gegen einen «strukturellen Rassismus» in der Polizei, den es jedenfalls hierzulande nicht gibt. Entsprechend bleiben die Vorwürfe an die hiesige Polizei diffus und nicht nachvollziehbar. Real ist hingegen die Gewalt an Sicherheitsorganen: Sie werden in regelmässigen Abständen Opfer von Übergriffen, namentlich begangen von Linksextremen. Gemäss Lagebericht des Nachrichtendienstes wurden im Jahr 2018 226 linksextreme Vorfälle verzeichnet, davon 78 gewaltsame. Der Bericht führt weiter aus: «Bei Auseinandersetzungen etwa anlässlich von Demonstrationen wird Schaden an Leib und Leben insbesondere von Sicherheitskräften, aber auch Angehörigen anderer Blaulichtorganisationen mitunter nicht nur in Kauf genommen, sondern in einzelnen Fällen offenkundig bezweckt.»

Der Slogan «Black Lives Matter» ist verengend. Was ist mit dem Leben von Menschen mit nicht schwarzer Hautfarbe? Und was ist mit dem Leben von Polizisten, Feuerwehrleuten, Sanitätern etc.? Wer sich gegen ungerechtfertigte Gewalt einsetzt, sollte sich für alle Opfer einsetzen, egal ob weiss oder schwarz, Private oder Polizisten. «All Lives Matter!» – alle Leben zählen!

Patrick Freudiger

Nur Hass und Gewalt



Das linke Gedankengut ist ein politisches Biotop für Hass und Gewalt. Und gleichzeitig gilt das fast schon pathologische Prinzip: Toleranz einfordern, aber selber keine abweichende Meinung zulassen. Wer sich nicht dem radikalen Feminismus unterwirft, wird als Frauenfeind beschimpft. Fast alles soll rassistisch, homophob oder rechtsradikal sein. Will eine nicht linksorientierte Persönlichkeit an einer Universität eine Rede halten, wird diese vom linken Studentenmob niedergeschrien und vom Platz gejagt. Historische Statuen werden verschmiert oder abgerissen. Fast jede linke Demonstration endet mit Sachbeschädigungen und mit Gewalt gegen Leib und Leben. Gewalt wird sogar von «etablierten» linken Politikern und Journalisten unterstützt oder zumindest gebilligt. Die Kartellmedien betiteln linksradikale Gewalttäter entsprechend als «Aktivisten».

Wie konnte es so weit kommen, dass eine derart hasserfüllte Ideologie den gesellschaftlichen und politischen Diskurs in unserem Land mehr und mehr bestimmt? Nach dem apokalyptischen Klima-Irrsinn folgt nun

Hinter feindlichen Linien

die irre «Rassismus»-Debatte. Sind die linken Politiker also Meister der Kommunikation, welche bestimmen, worüber wir diskutieren? Nein, ausser Herumschreien haben sie oft nichts drauf. Es sind vorab die linken Kartellmedien, welche die Themen setzen und die Botschaften formulieren: SRF bringt zwei Arena-Sendungen zum masslos aufgebauchten Thema «Rassismus» – während die reale masslose Zuwanderung unsere Gesellschaft zerstört, die Natur zubetoniert und unseren Wohlstand zersetzt.

Die Medien als vierte Gewalt im Staat haben die Aufgabe, über reale Missstände zu berichten und die Mächtigen zu kontrollieren. Doch die heutigen Journalisten nehmen diese Aufgabe kaum wahr. Vielmehr verstehen sie sich als Polit-Aktivisten. Nicht die journalistische Wahrheit steht im Vordergrund, sondern die eigene (linke) politische Botschaft. Ein solcher Journalismus schafft sich irgendwann selber ab. Dass linke Politiker nach einer staatlichen Medienunterstützung schreien, ist verständlich. Die verlogenen Kartellmedien sind schliesslich ihre Machtbasis.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat in der Stadt Zürich. In seiner monatlich erscheinenden Kolumne berichtet er über die Irrungen der linken Politik.

Der in Kilchberg domizilierte Sinus-Verlag hat sich zum Ziel gesetzt, schweizerische Werke der Weltliteratur auch mittels Hörbüchern der Öffentlichkeit näherzubringen. Was der Sinus-Verlag dafür leistet, ist unübertrefflich: Schweizer Literatur in vollendeter Sprache – bezüglich Wortschatz, Satzbau, Komposition des dargebotenen Stoffes.

Ein Spätwerk

Nachdem die Herausgabe des Gesamtwerks von Conrad Ferdinand Meyer abgeschlossen ist, legt der Sinus-Verlag mit «Martin Salander» bereits das dritte Hörbuch zu Gottfried Kellers Werken vor – gelesen in perfektem Deutsch von Ulrich Noethen. Der gesamte Text des Romans liegt der auf zwei MP3-CDs verteilten Hörfassung bei.

Martin Salander ist ein Spätwerk Kellers – entstanden aus seiner langjährigen Auseinandersetzung mit den politischen Neuerungen, welche die Schweiz in der Mitte des 19. Jahrhunderts grundlegend verändert haben. Der Freisinn vermochte der Schweiz eine liberale Verfassung zu vermitteln. Man könnte darob frohgemuten politischen Aufbruch im von obrigkeitlichen Fesseln befreiten jungen Bundesstaat erwarten.

Keller beobachtet und vermittelt das Geschehen allerdings auch mit verhaltener Resignation: Die liberale Demokratie liess nicht nur für Freiheit kämpfende, für Selbstverantwortung eintretende, wagemutige, der Zukunft vertrauende Kräfte für den jungen Staat tätig werden.

Nein, auch flatterhafte Gimpel drängten sich vor – und solche, die im noch jungen Staatsgebilde einen Boden für reichlich krumme Geschäfte witterten. Nichtsnutze, die nicht für, stattdessen um so skrupelloser vom Staat zu leben trachteten – vor kriminellen Machenschaften nicht zurückschreckend. Ausplünderung öffentlicher Kassen, von korrupten Kräften vorerst gedeckt, blieb nicht aus.

Marie und Martin

Martin Salander hält dagegen, entschlossen und senkrecht fürs Gemeinwohl sorgend. Er wird dem Leser freilich nicht als lebloser, abstrakter Ideal-Typus vorgestellt. Martin Salander ist aus Fleisch und Blut. Und er gerät – Keller erzählt es nicht ohne Schalk – selbst als Mann in fortgeschrittenem Alter in Versuchung ob einer attraktiven jungen Griechin, mit der ihn ein offensichtlicher Halunke zu ködern versucht.

Meisterhaft, wie Keller die Überwindung des – erst scheu erträumten – Strauchelns schildert: Mit einem Kompliment an die Frau, wie es vergleichbare in der Literatur nur wenige gibt. Sachte wissend lenkt Marie Salander ihren Mann aus der «Gefahrenzone», nie sich in den Vordergrund stellend, nie lamentierend oder besserwisserisch auftrumpfend – aber sich zu jeder Minute bewusst, was für den Zusammenhalt einer gesunden, Lebenswert vermittelnden Familie vorzukehren ist. Im – sich aufdrängenden – Vergleich

mit heute: Eine «unmodernere» Frau als Marie Salander kann man sich kaum vorstellen. Aber sie wird von Keller so trefflich, so überzeugend, so uneigennützig fürs Miteinander eintretend geschildert, dass Marie Salander jede heutige Gender-Schwätzerin meilenweit zurücklassen wird.

Aus gleichem fraulich-mütterlichem Denken und Handeln vermag Marie Salander auch ihre Töchter, die nichtswürdigen, kriminellen Hochstaplern vorübergehend auf den Leim gegangen sind, umsichtig in den Schoss der eigenen Familie zurückzuholen, als die kriminelle Energie der Aufschneider, die mit den Salander-Töchtern bloss einen sie adelnden Namen gesucht hatten, entlarvt wurde.

Martin Salander

Ohne Leistung kein Gedeihen

Der junge Staat zerbricht nicht an all den ihn heimsuchenden Schelmereien. Er wird nicht Opfer betrügerischer Ausbeuter. Die Übeltäter werden zur Rechenschaft gezogen, gerechter Strafe zugeführt. Bedeutenden materiellen Schaden haben sie der jungen Republik indessen angetan.

So, wie der Roman endet, muss es dem Leser für die Zukunft der Heimat nicht bange sein. Martin Salander findet in seinem Sohn einen würdigen Nachfolger – der bescheidenem, auf eigener Leistung aufbauendem Wachsen den Vorzug vor aller Grossmannssucht gibt. Auf solchem Fundament gedeiht der Staat, sofern jede Generation immer wieder von neuem ihren Anteil an das Gemeinwohl mit eigener Leistung beiträgt.

Mit Martin Salander hat Gottfried Keller dem jungen Bundesstaat Schweiz eigentlich ein Vermächtnis hinterlassen: Achtung der einsatzfreudigen Leistung zollend, zornig den nutzlosen Ausbeuter der Bestrafung überlassend, wohl wissend, dass sich «das Gute» nicht von selbst einstellt.

Fast dreizehn Stunden nimmt die meisterhafte Lesung von Ulrich Noethen den Hörer in Anspruch. Sowohl unvergleichliche Sprachkunst als auch staatsbürgerliches Bewusstsein Kellers vermittelt jedem Hörer ein besonderes Erlebnis, das nicht so rasch wieder in Vergessenheit gerät.

Ulrich Schlüer

Beachten Sie den Bestelltalon auf Seite 23 der heutigen «Schweizerzeit».

Akzent

NEU! Mohrechopf T-Shirt

Schutzmasken

www.patriot.shop

Postfach 71, 8192 Glattfelden

PATRIOT.SHOP

Ausländer für die Schweizer Armee

Ist der Armeechef noch tragbar?

von Major aD Ernst Lampert, ehem. Inspektor der Militärmusik, Lachen SZ

In Übereinstimmung mit vielen meiner Offizierskameraden bin ich der Meinung, dass der neue CdA (Chef der Armee), Korpskommandant Süssli, aufgrund seines fehlenden Verantwortungsgefühls gegenüber der historisch gewachsenen Wehrhaftigkeit unseres Volkes zur Bewahrung unserer Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung seinem Amt nicht gewachsen ist. Ihm fehlt offensichtlich das staatspolitisch notwendige Profil.



Der CdA hat sich mit seiner provozierenden und völlig unüberlegten Äusserung, man müsse prüfen, auch Ausländern die Aufnahme in unsere Armee zu ermöglichen, selber disqualifiziert. Damit hat er den Grünen, Sozis und übrigen Armeeabschaffern Futter vorgeworfen, das sie nun genüsslich bearbeiten können. Ich kann beim besten Willen nicht verstehen, dass

der höchste Offizier unserer Armee solche Äusserungen macht. Es gehört doch zum Grundverständnis jedes Bürgers und ist auch in unserer Bundesverfassung klar festgelegt, dass unsere Armee ausschliesslich aus Schweizer Bürgern besteht:

Art. 59, Abs. 1 lautet: «Jeder Schweizer ist verpflichtet, Militärdienst zu leisten.» Und Art. 58, Abs. 2 besagt: «Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung. Sie unterstützt die zivilen Behörden bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen.» Die Situation ist klar: Ausländer, welche die Voraussetzungen erfüllen, können sich einbürgern lassen. Viele haben das in den letzten 30-40 Jahren getan und leisten nun folgerichtig auch Militärdienst. Das ist der Weg! Einen andern gibt es nicht.

Nachdem der Armee wegen der heute freien Wahl zwischen Militär- und Zivildienst bald einmal 30'000 Soldaten fehlen, muss sich Korpskommandant Süssli sofort darum kümmern, dass der Zivildienst wieder härteren Kriterien unterworfen wird. Nur eine glaubhafte schwere

Gewissensnot kann jemanden vom Militärdienst dispensieren. Da muss doch angesetzt werden: Wenn wieder möglichst alle Schweizer gemäss Verfassung ihren Wehrdienst leisten müssen, hat die Armee genügend «Personal». Wer den Dienst nicht mit der Waffe leisten will oder kann, dem stehen waffenlose Truppengattungen und Spezialdienste zur Verfügung wie Sanität, Logistik, IT-Bereich etc. Es gibt daher aus meiner Sicht keinen plausiblen Grund, den Militärdienst zu verweigern und in den Zivildienst abzuschleichen.

Hätte statt des Chefs der Armee ein SVP-Vertreter in einer ähnlichen oder anderen staatspolitisch brisanten Angelegenheit einen solchen Unsinn von sich gegeben, so wäre ein Sturm der Entrüstung über unser Land gefegt. Darum: Der CdA sollte abtreten, er zeigt mit einer solchen Äusserung und Haltung, dass ihm die Substanz der Armee als Garant unserer Sicherheit nichts wert ist. Ihm fehlt das staatspolitisch notwendige Profil und das Verantwortungsgefühl gegenüber unserer Geschichte und dem damit verbundenen Gedanken der Wehrhaftigkeit unseres Volkes. Er ist offensichtlich nicht mehr bereit, unsere Werte und unsere Wehrtradition zu erhalten und zu verteidigen.

Es kann und darf doch nicht sein, dass wir die Verteidigung unseres Landes Ausländern überlassen, so quasi als unsere Söldner. Die personelle Alimentierung unserer Armee und letztlich der Schutz und die Verteidigung unseres Landes müssen Sache und Pflicht des Schweizer Bürgers, der Schweizer Bürgerin sein. Es ist nun an der Politik, den Chef der Armee sofort und unmissverständlich in den Senkel zu stellen!

Ernst Lampert

GOAL GLOSSAR

Populismus

Populismus

(von lat.: populus, das Volk) bezeichnet eine um «Nähe zum Volk» bemühte Politik

Kein Mensch steht morgens mit dem Vorhaben auf: Heute schaue ich mir ein Plakat an. Deswegen sind wir gerne populistisch! Denn unser oberstes Ziel ist es, dass unsere Kampagnen von allen Wählerinnen und Wählern ohne Nachdenken verstanden werden.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

Mit der Macht des Wassers

hochpräzise schneiden



Waterjet AG | Mittelstrasse 8 | CH-4912 Aarwangen
T +41 62 919 42 82 | info@waterjet.ch | www.waterjet.ch

WATERjet[®]

Vor fünfzig Jahren: Swissair-Absturz in Würenlingen

Bis heute keine Anklage

«Goodbye Everybody»: Am 21. Februar 1970 um 13.35 Uhr gelangte diese letzte Botschaft aus der Swissair-Maschine unter der Verantwortung von Flugkapitän Karl Berlinger per Funk an die Öffentlichkeit. Eine Minute später zerschellte das Flugzeug im Wald bei Würenlingen (AG).

Das Flugzeug, sieben Minuten zuvor in Zürich gestartet, hätte eigentlich Tel Aviv anfliegen sollen.

Ein Terror-Anschlag

Innert Minuten war klar: Die Swissair-Maschine mit 38 Passagieren und neun Besatzungsmitgliedern an Bord, die beim Unglück alle den Tod fanden, wurde nach einer an Bord explodierten Bombe zum Absturz gebracht. Bald erwies sich auch, dass die abgestürzte Swissair-Maschine nicht das eigentliche Ziel der Terroristen war. Der Terror-Anschlag zielte eigentlich auf Israel. Die Bombe war in München, adressiert nach Tel Aviv, aufgegeben worden. Die EL AL flog aus unbekanntem Gründen an diesem Samstag München nicht an, weshalb die «Bombenfracht» via Zürich mit Swissair nach Tel Aviv hätte gelangen sollen.

Als Urheberin des verbrecherischen Anschlags bekannte sich kurz nach der Absturz-Tragödie die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), angeführt von Dr. Georges Habash.

Auf dass diese als Folge eines skrupellosen Verbrechens eingetretene Tragödie nicht in Vergessenheit gerate, hat der seinerzeitige Gemeinderat und danach langjährige Gemeindepräsident von Würenlingen, Arthur Schneider, einen umfangreichen, alle wichtigen Dokumente vermittelnden und kommentierenden Text- und Bildband unter dem Titel «Goodbye

Everybody» (Beachten Sie den Bestellschein auf Seite 23 der heutigen «Schweizerzeit») herausgegeben.

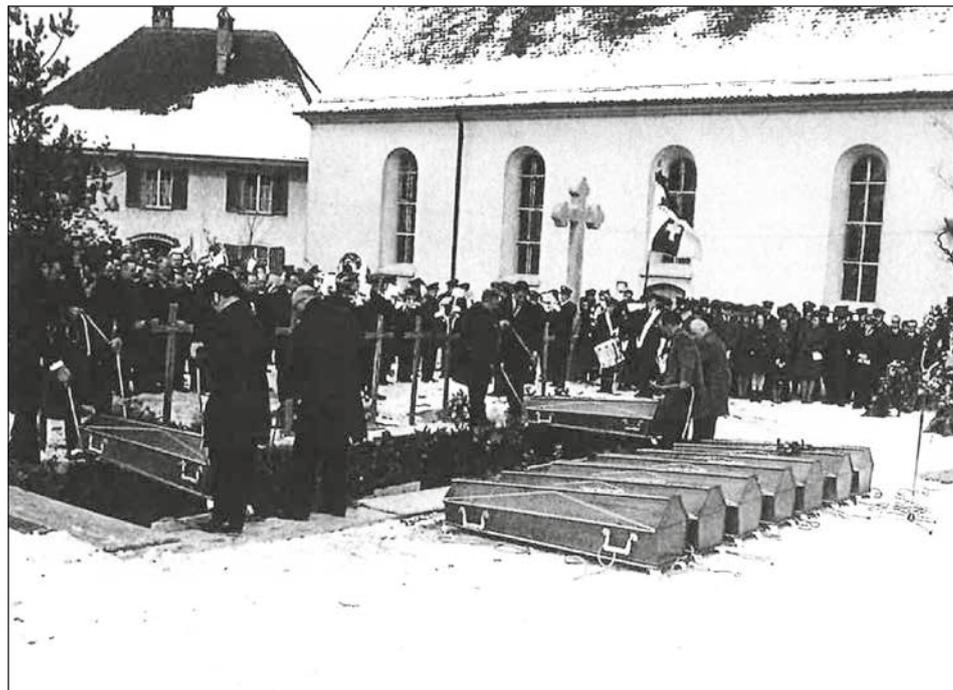
Anklage blieb aus

Zum Absturz von Würenlingen droht insbesondere in Vergessenheit zu geraten, dass zum damaligen Terror-Verbrechen bis auf den heutigen Tag keine Anklage erhoben worden ist. Für das Ermittlungsverfahren und die Anklage-Erhebung war und ist die Bundesanwaltschaft zuständig. Der Fall ist indessen bis heute offen. Obwohl die (der bürokratischen Korrektheit halber haben wir in diesem Zusammenhang das Wort «mutmasslich» anzuführen) Täterschaft namentlich bekannt ist, wurde eine Anklage bis heute nicht erhoben – woran Viele, vor allem die Hinterbliebenen der getöteten Opfer des Anschlags seit Jahrzehnten Anstoss nehmen.

Persönlich mögen sich die Hinterbliebenen aus ihrer familiären Betroffenheit heraus gegen die Verschleppung der Anklage-Erhebung nicht zur Wehr setzen. Ihre Interessen vertritt aber Arthur Schneider, der Herausgeber des Dokumentationsbands «Goodbye Everybody».

Zusammenhänge

Der NZZ-Journalist Marcel Gyr, Verfasser des Buches «Schweizer Terrorjahre – Das geheime Abkommen mit der PLO» öffnet den Zugang zu den brisanten politischen Zusammenhängen, die dem tödlichen Anschlag auf das Swissair-Flugzeug zugrunde liegen. Eine Strafverfolgung – so lautet Marcel Gyrs Schlussfolgerung – blieb bisher aus, weil die Schweiz (zuständig war seinerzeit Aussenminister Pierre Graber) mit der PLO ein geheim gehaltenes Abkommen ausgehandelt habe, wonach unser Land dann, wenn es auf die Strafverfolgung der Mörder von Würenlingen verzichten würde, keine weiteren Anschläge seitens der PFLP zu befürchten habe.



Unschuldige Terror-Opfer, aufgebahrt vor der Kirche in Würenlingen

Die Terrorgruppe PFLP trat damals gleichzeitig mit dramatisch aufgeblähten Erklärungen an die Öffentlichkeit, sie werde durch Dutzende vergleichbarer Attentate alle nach Israel führenden Verkehrswege rigide unterbinden.

Geständnisse oder andere direkte Zeugnisse, die Marcel Gyrs sorgfältig dokumentierte Behauptung zum Geheimabkommen bestätigen würden, existieren zwar nicht. Aber zahlreiche Indizien lassen wenig Zweifel offen an der Richtigkeit von Gyrs Rekonstruktion der Ereignisse.

Arthur Schneiders Initiative

2015 startete Arthur Schneider seinen bisher letzten Versuch, die Schweizer Bundesbehörden zu einer erneuten Untersuchung des tödlichen Terroranschlags zu bewegen, der 1970 zum 47 Todesopfer fordernden Absturz der Swissair-Maschine geführt hatte. Die Bundesräte Johann Schneider-Ammann und Didier Burkhalter versprachen in der Folge persönlich die Wiederaufnahme der Untersuchung. Es wurde dazu eine verwaltungsinterne, von vier Departementen besetzte Untersuchungskommission zusammengestellt, die zwar einen dreihundertseitigen, öffentlich zugänglichen Bericht (IDA 70) herausgab, der allerdings den entscheidenden Fragen zum behaupteten Geheimabkommen ausweicht. Die Verwaltung scheint zu mauern statt aufzuklären.

Auch die Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) beider Parlamentskammern wurden aufgefordert, sich endlich gründlich um die Hintergründe des Attentats von Würenlingen zu kümmern. Das Anliegen wurde behandelt. Ein befriedigendes, Klarheit schaffendes Ergebnis konnten bis heute aber auch die beiden GPK nicht vorlegen.



Die Unglückmaschine riss bei ihrem Absturz eine riesige Schneise in den Beznauerwald bei Würenlingen. Dutzende von Bäumen wurden wie Zündhölzer geknickt. Trümmer und Effekten der Passagiere lagen im Umkreis von mehreren hundert Metern verstreut.

Bundesanwalt Lauber, von dem die Anklage ausgehen müsste, wurde 2015 mit entsprechenden Fragen konfrontiert. Das Gespräch dazu wurde offenbar nicht protokolliert. Lauber blieb passiv und erklärte die Strafverfolgung später als verjährt. Auch auf diese Art kann man Pendenzen erledigen.

Schweiz keineswegs verschont

Dieses beharrliche, den Verdacht auf Absprache zwischen den Kontaktierten nährenden Schweigen befremdet um so mehr, als das PFLP-Versprechen, die Schweiz würde von weiteren Anschlägen verschont, wenn sie auf Strafverfolgung der verbrecherischen Attentäter verzichte, von palästinensischer Seite klar nicht eingehalten wurde.

Im Februar 1969, also ein Jahr vor der Coronado-Tragödie, haben palästinensische Terroristen in Kloten eine sich zur Startposition begebende EL AL-Maschine bewaffnet angegriffen. Es kam zu einer Schiesserei. Der israelische Co-Pilot der Maschine wurde tödlich getroffen. Der sich an Bord des EL AL-Flugzeugs befindende israelische Sicherheitsbeamte Mordechai Rachamin griff energisch in den Kampf ein und streckte einen der Attentäter nieder. Die am Leben Gebliebenen konnten verhaftet werden.

Entführung nach Zerqa

Ihretwegen wurde im September 1970, also sieben Monate nach der Tragödie von Würenlingen, eine Swissair-DC 8 nach Zerqa in die jordanische Wüste entführt. Der Schweiz wurde in einem auf 72 Stunden befristeten Ultimatum die etappenweise Tötung von Passagieren dieser Swissair-Maschine angedroht, wenn die in der Schweiz inhaftierten palästinensischen Täter des Überfalls vom Februar 1969 nicht sofort freigelassen würden.

Auch in dieser von Terroristen ausgelösten Auseinandersetzung reagierte der Bundesrat schwächlich. Er beging den elementaren Fehler, die Täter von Kloten sofort, kaum war das Ultimatum gestellt, in den arabischen Raum abzuschieben. Die 72 Stunden-Frist, die Absprachen mit anderen Terror-Bedrohten (nebst der Swissair-Maschine waren zwei weitere Flugzeuge zwecks Instrumentalisierung von Erpressungsmanövern der Palästinenser nach Zerqa entführt worden) ermöglicht hätte, wurde nicht genutzt. In der Folge kamen zwar die Passagiere der Swissair-Maschine frei. Die DC 8 wurde von den Terroristen freilich in die Luft gesprengt.

Es bleibt die Tatsache, dass sich Täter, die am 47-fachen Mord von Würenlingen die Schuld tragen, heute – obwohl offenbar namentlich bekannt – noch immer frei bewegen können.

Wäre es nicht höchste Zeit, wenigstens zur teilweisen Bewältigung der Tragödie dafür zu sorgen, dass die Schuldigen des Verbrechens endlich den Richtern zugeführt würden?

Muss geltendes Recht nicht höher gewichtet werden als zwielfichtige Deals mit Terroristen?

Meinungsfreiheit im Alltag

Warnung

Für den 24. Juni 2020 vereinbarten der Zürcher Kantonsrat Hans-Peter Amrein, aktiver, seine Meinung stets gradlinig und kämpferisch vertretender SVP-Parlamentarier, und «Schweizerzeit»-Chefredaktor Ulrich Schlüer einen Meinungsaustausch in Verbindung mit einem Mittagessen.

Auf Vorschlag von Hans-Peter Amrein wurde eine Reservation im Restaurant Du Théâtre im Zürcher Seefeld getroffen.

Ausladung

Statt einer Bestätigung der Reservation traf allerdings vom Besitzer des Du Théâtre gleichentags folgende Mitteilung per Mail ein:

«Da wir keine politischen Interessenskonflikte in unserem Restaurant provozieren möchten, bitten wir Sie, eine andere Lokalität für Ihr Mittagessen zu wählen. Mit freundlichen Grüßen, J. Müller.»

Antwort

Diese Ausladung veranlasste am 25. Juni zu folgendem Positionsbezug gegenüber dem Besitzer des Du Théâtre, Herrn Jürg Müller:

«Ich habe heute Kenntnis erhalten von Ihrer Entscheid, Kantonsrat Hans-Peter Amrein und mich selbst von einem Mittagessen mit Gedankenaustausch in Ihrem Lokal auszuschliessen.»

Ich bestätige den Erhalt Ihres Entscheids und gehe davon aus, ganz in Ihrem Sinn zu handeln, wenn ich die regelmässigen Leserinnen und Leser der von mir herausgegebenen «Schweizerzeit» darüber ins Bild setze.

Damit lässt sich vermeiden, dass Sie durch Gäste, die zum Beispiel während eines Essens in dezent persönlich geführtem Gespräch in aus Ihrer Sicht unbotmässiger Weise aufs Recht auf freie Meinungsäusserung glauben vertrauen zu können, nicht unter Zugzwang geraten, diese Ihnen unerwünschte Gespräche führenden Gäste unversehens an die frische Luft stellen zu müssen.»

Begründungen

Diese Antwort veranlasste Herrn Müller zu Begründungen, wonach ich – was zweifellos zutrifft – die Gäste des Du Théâtre nicht kennen würde. Mehrmals wöchentlich kämen Personen, «denen zum Teil die grossen Verlage gehören». Er habe ein Zusammenreffen zwischen diesen Gästen und mir als «Schweizerzeit»-Herausgeber verhindern wollen. Zuvor schon hatte er beteuert, er sei «gegen jegliche extreme politische Haltung». Dies vertiefend, teilte er mit, er verfolge «eine Politik des gesunden Menschenverstands»,

weswegen er ein dezidierter Anhänger der Zauberformel für die Zusammensetzung des Bundesrats sei.

Wäre Herr Müller über Auseinandersetzungen um die Zauberformel in den letzten Jahren tatsächlich im Bild, würde er wohl anerkennen müssen, dass keine Partei in Bern die Einhaltung der Zauberformel konsequenter vollzogen hat als die SVP. Der SVP gegenüber wurden die (ungeschriebenen) Regeln der Zauberformel indessen mehrfach (Nichtwahl von Regierungsrätin Rita Fuhrer in den Bundesrat, Nichtbestätigung von Christoph Blocher) schwerwiegend übergangen.

Feststellungen

Einzelne Verleger und auch Chefredaktoren sind mir während meiner politischen Tätigkeit mehrfach begegnet, mehrfach auch in Restaurants. Zu einem Revolutionsausbruch oder auch nur zu einer Anöderei ist es nie gekommen. Mir wäre auch nicht aufgefallen, dass je ein Verleger – ohne die ihm servierten Speisen anzurühren – das Lokal verlassen hätte, sollte ich im gleichen Lokal gleichzeitig ebenfalls ein Mahl eingenommen haben. Noch sind wir nicht so weit, dass Meinungsverschiedenheiten in der Schweiz tötlich ausgetragen werden.

Wir überlassen es den Lesern, persönliche Schlussfolgerungen aus dem hier berichteten Ereignis zu ziehen.

Ulrich Schlüer

«Es sagte» ... Wettbewerb (Lösung)

In der «Schweizerzeit» vom 19. Juni 2020 haben wir gefragt: Von wem stammt die folgende Aussage?

«WER DAS RAHMENABKOMMEN EINFACH ALS FORTSETZUNG DES BILATERALEN WEGS ANPREIST, VERKAUFT DIE MENSCHEN FÜR DUMM.»

Diese Aussage stammt von:

- A Markus Somm, Kolumnist TX-Medien
- B Luzi Bernet, Redaktor «NZZamSonntag»
- C Ignazio Cassis, Bundesrat, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Aussenpolitik
- D Albert Rösti, Präsident der SVP Schweiz

Die richtige Lösung lautet:

- B Luzi Bernet, Redaktor «NZZamSonntag»

Der ausgeloste Gewinner/die Gewinnerin wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde (Nachtessen für zwei Personen mit dem «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlüer) eingeladen.

Schweizer sind keine Rassisten!



Greta ist vergessen – also her mit dem nächsten Hype! Linksextreme und Gutmenschen machen wieder einmal Terror und fahren die Rassismus-Keule hoch. Sie rufen zu Demonstrationen auf und versammeln sich in den Städten. Komisch! Es ist nicht lange her, da wurden wir noch gewarnt, dass bei Nichteinhalten der Regeln die zweite Welle des Corona-Virus kommen werde.

Jene Leute, die ihrem üblichen Alltag wieder nachgehen wollten und einen raschen Rückzug in die Normalität vor der Corona-Zeit forderten, wurden als verantwortungslos bezeichnet.

Als dunkelhäutiger Mitmensch, Schweizer Bürger und bekennendes SVP-Mitglied, kann ich es nicht mehr hören, wie linke Politiker die SVP und Herrn und Frau Schweizer als Rassisten diffamieren. Und dass sogar eine Nationalrätin in der Sendung «ARENA» sich erlaubt zu behaupten, das Ansprechen von dunkelhäutigen Personen in englischer Sprache sei rassistisch, finde ich mehr als schwach. Denn gerade dies zeigt doch auf, wie respektvoll die Eidgenossinnen und Eidgenossen mit Fremden umgehen. Andererseits finde ich es richtig, dass wir von ansässigen Ausländerinnen und Ausländern erwarten dürfen, dass sie unsere Sprache verstehen.

Ich bin aber der Auffassung und habe es auch oft erlebt, dass gerade Ausländer dunkelhäutige Mitbürgerinnen und Mitbürger oft als minderwertig behandeln. Leider bürgern wir zum Teil sogar Rassisten ein. Und viele Missstände, die wir heute in unserer Gesellschaft haben – u.a. die hohe Ausländerkriminalität – sind eben ein Ausländerproblem. Und das Rassismus-Problem in den USA haben beileibe nicht wir zu lösen!

Den Schweizerinnen und Schweizer gehört ein ausdrücklicher Dank ausgesprochen. Nämlich für ihre Weltoffenheit und ihre Toleranz gegenüber anderen Kulturen.

Leider findet seit längerem eine masslose Zuwanderung in unser Land statt. Darunter sind viele Fremde, die mit ihren Ansichten, ihrer «Kultur» und ihren Ideologien unsere Werte und unsere Lebensform immer mehr bedrängen. Zum Glück gibt es aber auch jene Ausländerinnen und Ausländer, die unsere Werte, unsere Gebräuche, Traditionen und Besonderheiten respektieren. Mohrenköpfe essen doch auch Schwarze liebend gern!

Naveen Hofstetter (SVP), Rothrist



Arbeitslosigkeit

Wer angesichts drohender Massenarbeitslosigkeit und zu einem Zeitpunkt, da tausende behördlich stillgelegte KMU-Betriebe sich wieder mühsam in die Gewinnzone emporarbeiten müssen,

schrankenlose Grenzöffnung

zum Schaden schweizerischer Arbeitnehmer und schweizerischer KMU-Betriebe durchstieren will, der hat nichts mehr übrig für eine eigenständige Schweiz.

Nur eine Massnahme kann diese verheerende Entwicklung stoppen:

Ja zur Begrenzungs-Initiative

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 50)

Damals in der SVP

von Hans Fehr, a. Nationalrat, Eglisau ZH



Im Lauf der 1990er Jahre müssen wir vermehrt ankämpfen gegen unhaltbare Zustände im Bereich der Strafverfolgung und des Strafvollzugs. Unter Führung der Linken und Gutmenschen ist der Opfer-schutz zunehmend zum Täter-schutz pervertiert. Die sogenannte Resozialisierung wird grossge-schrieben – und absurderweise

sogar bei ausländischen Drogenkriminellen und anderen notorischen Straftätern (natürlich ohne Erfolg) betrieben. Dass Strafe vor allem Sühne für begangene Verbrechen bedeutet, ist mehr und mehr in Vergessenheit geraten. Indem wir den Finger auf die wunden Punkte legen – u.a. mit dem «Messerstecher-Insert» Ende 1993, das durch den Mord an der Pfadfinderführerin Pasquale Brumann auf entsetzliche Weise bestätigt wird – erreichen wir eine Besserung der Situation.

1997 macht eine satirische Überspitzung der Situation mit dem Titel «**Rechtsprechung und Strafvollzug im Wandel der Zeit**» die Runde:

1797: Der auf frischer Tat ertappte Einbrecher wird zum Tode verurteilt, jedoch nicht mehr auf das Rad geflochten, sondern «ohne Federlesens» ganz einfach geköpft oder gehängt.

1897: Der auf frischer Tat ertappte Einbrecher wird zu fünf Jahren Kerker verurteilt, jedoch nicht mehr mit Halseisen und Fussfesseln versehen, sondern bei Wasser und Brot ganz einfach weggesperrt.

1997: Der auf frischer Tat ertappte Einbrecher wird auf der Polizeiwache verhört, jedoch nicht mehr in Untersuchungshaft genommen, sondern nach Feststellung seiner Personalia unter dem Beifall seiner Freunde ganz einfach entlassen.

In Zukunft: Der auf frischer Tat ertappte Einbrecher wird zunächst auf der Polizeiwache bewirtet. Er bekommt ein Entschuldigungsschreiben des Polizeivorstandes und eine angemessene finanzielle Entschädigung für den Eingriff in seine persönliche Freiheit. Dem Polizeibeamten, der ihn ertappt hat, droht ein Disziplinarverfahren, und er muss sich in psychiatrische Behandlung begeben.

Auch wenn dieses düstere Zukunftsgemälde doch etwas sehr überspitzt war und ist: Ein Ja zur Begrenzungsinitiative am kommenden 27. September ist auch aus Sicht der Kriminalitätsbekämpfung ein Muss. Denn die aktuellen Zahlen des Bundesamtes für Statistik sprechen eine klare Sprache: 71,4 Prozent der Gefängnisinsassen und 79 Prozent der wegen häuslicher Gewalt registrierten Männer sind Ausländer! Die Liste liesse sich problemlos fortsetzen.

*

Szenenwechsel zu einem freudvolleren Thema: Am Wochenende vom 6./7. September 1997 feiert die SVP des Kantons Zürich ihr 80-jähriges Bestehen auf der Altrüti in Gossau – sozusagen auf dem «Rütli» des Zürcher Oberlandes, im geografischen Mittelpunkt des Kantons Zürich.

Nachdem am Vorabend über 100 Höhenfeuer im ganzen Kanton als kraftvolle Zeichen der Verbundenheit, der Lebenskraft und der Wachsamkeit entzündet worden sind, beginnt am Sonntagmorgen, genau um 06.52 Uhr (bei Sonnenaufgang), nach dem eindrucklichen Aufmarsch der Tambouren, Treichler und Geisslechlöpfer der Festakt mit dem Fehrbelliner Reitermarsch, dem Marsch der Zürcher SVP. Danach ruft Christoph Blocher in seiner feierlichen Jubiläumsansprache zur «Parteinahme für den Kleinstaat Schweiz» auf. Die Integration Europas sei in vielen Köpfen geradezu zum Mythos geworden, der unser kritisches, eigenständiges Denken einzuschläfern drohe. «Wir stehen ein für unsern Kleinstaat. Wir wollen ein festes Haus – mit offenen Türen gegen die Nachbarn und mit weiten Fenstern gegen die Welt hin. In diesem

brother MFC-L9570CDWT:

DAS TOP-FARB-MULTIFUNKTIONS-GERÄT

- robust, schnell und perfekte Qualität
- brillante Farb-Qualität, grosses Touch-Display
- druckt, scannt (bis 100 S./min.), kopiert, faxt
- 5 Jahre VorOrt-Garantie dank MPS
- vollautomatisierte Zustellung Supplies
- 1000 Farbseiten kosten fix Fr. 79.86
- 1000 s/w-Seiten kosten fix Fr. 13.40



Fr. 1299.00 mit 2 Kassetten

Fr. 250.00 Cashback

Fr. 250.00 Eintausch

Fr. 799.00 Netto-Aufwand

OCotex AG
– 041 799 50 00



ZANETTI

CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Haus fühlen wir uns am wohlsten, wenn wir es weiterhin nach unserem Geschmack einrichten können.» Blocher unterstreicht zudem die Vorreiterrolle der Zürcher SVP für die SVP Schweiz bei der thematischen, nicht aber ideologischen Öffnung der Partei über die traditionellen Bereiche Landwirtschaft und Landesverteidigung hinaus. Nach heftigen Auseinandersetzungen habe sich schliesslich die Zürcher SVP in der Landespartei durchgesetzt.

Nach dem «Choral Alpin» des Musikvereins Gossau folgt die feierliche Jubiläums-Proklamation der Zürcher SVP, verlesen von Gaby Bachofen, Junge SVP. In der Proklamation gelobt die Zürcher SVP, sich weiterhin mit ganzer Kraft einzusetzen für eine unabhängige, direktdemokratische, föderalistische Schweiz, für die immerwährende, bewaffnete Neutralität, für Sicherheit und Wohlstand, für Vollbeschäftigung und wirtschaftlichen Erfolg, für solide Sozialwerke und eine gute Aus- und Weiterbildung.

Schliesslich folgt das feierliche gemeinsame Singen des Beresina-Liedes. Nachfolgend die erste und letzte Strophe:

*Unser Leben gleicht der Reise
eines Wandrers in der Nacht.
Jeder hat auf seinem Gleise
etwas, das ihm Kummer macht.*

*Mutig, mutig, liebe Brüder,
gebt die bangen Sorgen auf:
Morgen geht die Sonne wieder
freundlich an dem Himmel auf.*

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.
Preis bis Ende 2020: Fr. 40.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

AUS GRENDELMEIERS

<<REICH DER MENSCHEN>>



Automobil

Des Menschen höchstes Glück auf Erden
Ist es, automobil zu werden.

Und wie es scheint, fehlt nicht mehr viel,
das heisst, wir sind recht nah am Ziel.

Nur – wenn halt jede(r) fahren will,
steh'n plötzlich alle wieder still.

Bekanntlich hat der Glarner Oberleutnant Thomas Legler das eindruckliche Lied 1812 angestimmt – als die Schweizer Regimenter in einer verlustreichen Schlacht bei bitterer Kälte den Rückzug der Grande Armée Napoleons über die Beresina decken mussten. *Das Beresina-Lied ist ein eindruckliches Zeugnis gescheiterter Schweizer Teilnahme an einer abenteuerlichen Grossmachtspolitik, des Elends in fremden Kriegsdiensten, des Heimwehs und der Hoffnung auf eine schönere Zukunft in der Heimat.*

Der eindruckliche Jubiläums-Festakt wird allen, die dabei waren, unvergesslich bleiben.

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

Die «Schweizerzeit»-Agenda

Samstag, 4. Juli 2020, 11.00 Uhr

«SVP bi de Lüt»

Mit Nationalrätin Therese Schläpfer, Hagenbuch/ZH

Restaurant Hirschen, Lindenplatz 2, 8408 Winterthur-Wülflingen/ZH

Freitag, 24. Juli 2020, 10.30 – 15.30 Uhr

Eine Veranstaltung zur Schlacht bei Murten

Spurensuche mit Dr. phil. Jürg Stüssi-Lauterburg, Historiker, Windisch/AG

Treffpunkt: Car-Terminal Neufeld, Studerstrasse, 3012 Bern

Veranstalter: gilets-rouges.ch, auns.ch

Dienstag, 18. August 2020, 19.30 Uhr

Info-Abend «Ja zur Begrenzungs-Initiative»

Mit Werner Gartenmann, Auns, und Ulrich Schlüer, «Schweizerzeit»

Gasthof zum Schützen, Schachenallee 39, 5000 Aarau/AG

Veranstalterinnen: Auns und «Schweizerzeit»

Mittwoch, 26. August 2020, 19.15 Uhr

Das Verschwinden der Schweizer

Vortrag von Dudo Erny, Publizist

Restaurant Kleefeld, Mädergutstrasse 5, 3018 Bern

Veranstalterin «Schweizerzeit»

Donnerstag, 27. August 2020, 19.30 Uhr

«Ja zur Schweiz»

Mutiert die Schweiz zur linksgrünen Volksrepublik?

Vortrag von Ulrich Schlüer, «Schweizerzeit»

Landgasthof Sonne, Haus der Freiheit, Wintersberg, 9642 Ebnat-Kappel/SG

Samstag, 29. August 2020, 10.30 – 15.30 Uhr

Auns-GV

34. ordentliche Mitgliederversammlung

Mehrzweckhalle Kaserne Bern, Papiermühlestrasse 13, 3014 Bern/BE

BESTSELLER

Büchertisch

WÜRENLINGEN



Bin ich denn der Einzige hier, wo Deutsch kann?

Über den Niedergang unserer Sprache

Andreas Hock

Erschreckend, in welchem Tempo korrektes Deutsch aus Alltag, aus Schulen, Medien und Politik verschwindet. Ein Autor, der die deutsche Sprache beherrscht, nimmt eine Bestandesaufnahme vor, welche Leser erschauern lässt: Die deutsche Sprache ist durch dem EU-Zentralismus verfallene Bildungsfunktionäre zum Auslaufmodell verkommen. Die Schulen legen kaum mehr Wert auf korrekte Ausdrucksweise – geschweige denn auf korrektes, lesbares Schreiben. Eine schockierende Auslegeordnung.

Riva, München 2014, 186 S., brosch., (Richtpreis Fr. 14.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 13.80



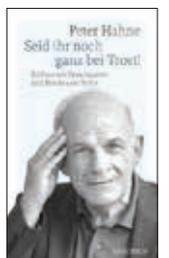
Die bürgerliche Revolution

Wie wir unsere Freiheit und unseren Wohlstand erhalten

Markus Krall

Wir bezeichnen das neue Buch des deutschen Publizisten Markus Krall mit Überzeugung als «Buch des Jahres». Eine beklemmend zeitnah präsentierte, glänzend formulierte Lagebeurteilung zur Entwicklung in Deutschland, in der EU und über deren Grenzen weit hinaus. Wer das Buch zur Hand nimmt, verschlingt es. In der zweiten Lesung studiert er danach Kapitel um Kapitel. Denn der im Buch behandelte Stoff lebt von einer Fülle von Informationen, die man in vergleichbarer Dichte anderswo kaum findet.

LangenMüller/Herbig, Stuttgart 2020, 267 S., geb.,
(Richtpreis Fr. 30.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 29.–



Seid ihr noch ganz bei Trost!

Schluss mit Sprachpolizei und Bürokraten-Terror

Peter Hahne

Während die Welt einer den ganzen Erdball erfassenden Wirtschaftskrise entgegen taumelt, gibt es hierzulande «Fachpersonen», die noch immer – im Dienste angeblicher Gendergerechtigkeit – Sprachpolizei zu spielen sich anmassen. Andere huldigen einem angeblichen «Klimaschutz», der für sie Religionsersatz zu sein scheint. Der Autor beschreibt nicht nur die Exzesse spitzfindiger Rechthaberei, er entlarvt entsprechende Zeiterscheinungen und deren Bürokratisierung vielmehr als das, was sie sind: Schwachsinn!

Quadrige/Bastei Lübbe, Köln 2020, 128 S., geb.,
(Richtpreis Fr. 17.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 16.60



Goodbye Everybody

Flugzeugabsturz Würenlingen 1970

Arthur Schneider

Eine höchst sorgfältig gestaltete, umfassende Dokumentation zum dramatischen Absturz einer Swissair-Maschine bei Würenlingen im Jahr 1970, der sich rasch auf ein Terror-Verbrechen zurückführen liess. Diese grossformatige Dokumentation schildert in Wort und Bild, was damals der Schweiz in einer Art Kriegsakt angetan worden ist und gedenkt der unschuldig in den Tod Geschickten. Sodann beleuchtet das Werk auch eingehend die Tatsache, dass gegen die Täter nach wie vor keine Strafklage erhoben worden ist: Ein Zusammenhang, den auf Anhieb keiner versteht.

Verlag des Verfassers, Würenlingen 2015, 448 S., Grossformat geb., ill., (Richtpreis Fr. 65.40)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 62.20



Schweizer Terrorjahre

Das geheime Abkommen mit der PLO

Marcel Gyr

In diesem Buch werden die Zusammenhänge offengelegt, wonach ein Geheimabkommen zwischen der Schweiz und der PLO die Anklage-Erhebung gegen die Terroristen von Würenlingen ausgesetzt hat – wobei die PLO als (nicht eingehaltene) Gegenleistung die Schweiz vor weiteren blutigen Terroranschlägen zu verschonen versprach. Eine brisante, aufs sorgfältigste dokumentierte Studie, die zweifellos nahe an die bis heute von Bundesbern geheim gehaltene Wirklichkeit herankommt.

NZZ, Zürich 2016, 183 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 34.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 32.30

SCHWEIZ



Berg-Beizli-Führer

1279 Bergrestaurants

Richi Spillmann

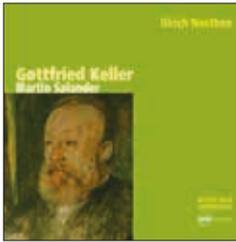
2020, Corona-Jahr: Wanderferien in der Schweiz werden Ferien im Ausland von Abertausenden vorgezogen. Die Neuaufgabe das Bergbeizli-Führers orientiert, wo man sich auf Wanderungen in den Schweizer Bergen wie verpflegen kann. Ein ebenso wohlfeiler wie vollständiger und unentbehrlicher Wanderbegleiter. Leicht in jedem Rucksack unterzubringen, kurz und knapp alles Wichtige enthaltend.

Spillmann, Oetwil an der Limmat 2020, 492 S., brosch.,
(Richtpreis Fr. 39.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 37.05

HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



Martin Salander

Gottfried Keller

Nachdem der Sinus-Verlag in Kilchberg ZH das Gesamtwerk Conrad Ferdinand Meyers auf Hörbüchern herausgegeben hat, erscheinen von Sinus jetzt Etappe um Etappe die Werke Gottfried Kellers.

Seit kurzem ist der Roman «Martin Salander» greifbar.

Ein eindrückliches Werk, eine tiefgreifende, Hörer und Leser packende Auseinandersetzung zu politischen Entwicklungen in der jungen Schweizer Demokratie. Die Bundesverfassung hat Mitte des 19. Jahrhunderts Aufbruchstimmung ausgelöst – aber dann nicht nur blühende Entfaltung von freiem wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Leben bewirkt. Gottfried Keller, Realist, im Alter auch zu Pessimismus neigend, stellt meisterhaft dar, wie auch grossmäulige Aufschneider, selbst betrügerische Konkursiten sich in der jungen Republik in Ämter mischeln konnten. Ihre Entlarvung gelingt nur, wenn jede Generation ihre selbstlose Leistung für die Allgemeinheit immer von neuem wieder unter Beweis stellt.

Sinus-Verlag, Kilchberg 2020, 2 MP3-CDs, Laufzeit 770 Min., 2 Textbücher (Richtpreis Fr. 59.80)

Ihr Preis bei der Schweizerzeit: Fr. 56.80

Hörbücher: Beste Unterhaltung auf langen Autofahrten und beruhigende Medizin gegen Stau-Ärger

BUCHZEICHEN



Imperium USA

Die skrupellose Weltmacht

Daniele Ganser

Wer dieses Buch empfiehlt, wird unbesehen und pauschal zum «Weltverschwörer» ernannt. Wir teilen nicht alle Schlussfolgerungen Daniele Gansers. Aber wir erachten es als völlig falsch, Gansers wohl begründete Ansichten und Schlussfolgerungen der Öffentlichkeit nicht zur Diskussion vorzulegen.

Wer dieses Buch pauschal verteufelt, scheut die Auseinandersetzung mit Ganser. Diese Auseinandersetzung lohnt sich aber. Gerade für Bewohner eines Kleinstaats ist es wichtig, sich auch mit unkonventionellen Deutungen sowohl des aktuellen Geschehens als auch seiner Hintergründe auseinanderzusetzen – auf dass man sich eine eigenständige Meinung bilden kann. Was mit und in der Welt derzeit geschieht, ist zu wichtig, als dass man sich allein aus regierungsbereitetem Eintopf ernähren sollte.

us

Daniele Ganser: «Imperium USA – Die skrupellose Weltmacht». Orell Füssli, Zürich 2020, 392 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 34.90)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 33.20

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Andreas Hock – Bin ich denn der Einzigste **à Fr. 13.80**
 Markus Krall – Die bürgerliche Revolution **à Fr. 29.–**
 Peter Hahne – Seid ihr noch ganz bei Trost! **à Fr. 16.60**

Würenlingen

- Arthur Schneider – Goodbye Everybody **à Fr. 62.20**
 Marcel Gyr – Schweizer Terrorjahre **à Fr. 32.30**

Schweiz

- Richi Spillmann – Berg-Beizli-Führer **à Fr. 37.05**

Hörbuch

- Gottfried Keller – Martin Salander **à Fr. 56.80**

Buchzeichen

- Daniele Ganser – Imperium USA **à Fr. 33.20**

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
 Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(13/03.07.2020)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel.-Nr. _____

Datum _____

Unterschrift _____



DIE «SCHWEIZERZEIT» AM FERNSEHEN

Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 3. Juli 2020	Landmann-Talk	Kampf gegen die Hydra – Giampiero Antognazza Valentin Landmann im Interview mit Giampiero Antognazza
Freitag, 10. Juli 2020	Magazin	SVP-Mitglieder, die es nicht geben dürfte – Wo Links-Grün an die Toleranzgrenze gelangt. Anian Liebrand diskutiert mit Adrian Spahr und Naveen Hofstetter
Freitag, 17. Juli 2020	Stammtisch-Live	Offengelegte und verdeckte kriminelle Tatbestände Ulrich Schlüer im Gespräch mit Markus Melzl, ehemaliger Kriminalkommissar und Mediensprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Öffentliche Aufzeichnungen / Live-Sendungen im «Haus der Freiheit», Wintersberg / Ebnet-Kappel

Freitag, 17. Juli 2020 21–22 Uhr	Stammtisch-Live	Offengelegte und verdeckte kriminelle Tatbestände Ulrich Schlüer im Gespräch mit Markus Melzl, ehemaliger Kriminalkommissar und Mediensprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt
-------------------------------------	------------------------	--



Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

17. Juli 2020

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus
Melzl, Charly Pichler, Thorsten Polleit, Joël Thüring

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Symbolträchtige Szene

Eine dramatische Situation, die als Video in den sozialen Medien die Runde macht, lässt mich nicht mehr los. Im US-amerikanischen St. Louis zieht ein Protestzug der «Black lives matter»-Bewegung durch ein wohlhabendes Quartier. Aufgeladene Demonstranten beabsichtigen, das Privathaus der örtlichen Bürgermeisterin aufzusuchen, weil sie diese als Gegnerin ihrer Anliegen ansehen.

Vor einem weitläufigen Grundstück stellt sich den Aktivisten ein mit Maschinengewehr und Pistole bewaffnetes Ehepaar mittleren Alters entgegen. Wie sich herausstellte, handelte es sich bei ihm um das millionenschwere Anwaltspaar McCloskey. Der Mann gab zu Protokoll, er habe sein Haus unter Todesangst vor der drohenden Stürmung gewalttätiger Elemente schützen müssen.

Das Bild des reichen Ehepaars, das Hab und Gut mit Waffen verteidigen muss, weil die öffentliche Ordnung nicht mehr gewährleistet ist, hat für mich Symbolcharakter: Wohlhabende Bürger, die sich in ihren Villensiedlungen den erworbenen finanziellen Vorzügen hingeben, sind in den USA nicht länger sicher vor ideologisch aufgehetzten Mobs, die im Namen gekappter Wertvorstellungen die gesellschaftliche Ordnung destabilisieren.

Gewarnt sollen auch in unseren Breiten-graden all diejenigen sein, die sich aus der politischen Verantwortung stehlen, sich in ihr Gärtchen zurückziehen und glauben,

sich auf ihrem Wohlstand ausruhen zu können. Das gleichgültige Nichtstun und unterwürfige Mitläufertum so mancher Sprösslinge wohlhabender Familien hat es erst ermöglicht, dass die marxistische Linke die Denkräume erobert hat und die Bevölkerung europaweit mit Millionen nichtintegrierter Migrantinnen geflutet wurde, die im Begriff sind, im Mix mit der Antifa und sie fördernder Linker alle gewachsene bürgerliche Strukturen zu zerstören.

Die bürgerkriegsähnlichen Vorfälle in Stuttgart oder Dijon sind ein Vorgesmack dessen, dass dereinst wohl auch bei uns Menschen zu den Waffen greifen müssen, die sich heute aus allem raushalten und ihr Geld lieber für unnütze Luxusgüter verprassen als in politisch konservative Gegenkräfte zu investieren.

Umso mehr bin ich allen dankbar, die sich ihrer Verantwortung bewusst sind und immer wieder Kräfte wie die «Schweizerzeit» unterstützen, die auf geistiger und politischer Ebene Aufklärungsarbeit betreiben und «Contra geben». Um das drohende Unheil abzuwenden, brauchen wir dringend wachsende rechte Strukturen und Bewegungen – die ohne finanzielle Unterstützung nun mal nicht aufblühen können. In diesem Sinne wünsche ich allen Leserinnen und Lesern eine nachdenkliche, aber schöne Sommerzeit!

Anian Liebrand

**Schluss
Punkt**